

TECHNICKÁ UNIVERZITA V LIBERCI

Fakulta přírodovědně-humanitní a pedagogická

Katedra filozofie

Sborník z konference

DEMOKRACIE JAKO HODNOTA A PROBLÉM

která se konala pod záštitou děkana doc. RNDr. Miroslava Brzeziny, CSc.

u příležitosti 20. výročí založení fakulty

22. 10. 2010

Liberec, 2011

DEMOKRATIE ALS WERT UND PROBLEM

Am einigen Beispielen aus der 42. Kalenderwoche des Jahres 2010

Matthias Theodor Vogt

Liebe Kollegen,

gemeinsam mit meinen Görlitzer Studenten aus dem Master-Kurs „Kultur und Management“ danke ich Ihnen herzlich für die heutige Einladung.

Sie ist ein schönes Beispiel für unser Thema: Warum ist Ihre Fakultät frei von allen Vorgaben des Rektorates, des Ministeriums oder einer regierenden Partei bei Ihrer freien Entscheidung, wen Sie heute zur Eröffnung Ihrer schönen Konferenz einladen wollten? Es ist die Demokratie der heutigen Tschechischen Republik, die auch den staatlichen Hochschulen Autonomie sichert.

Ich bin gerne gekommen, und es ist mir eine große Ehre, auch heute an der grenzüberwindenden Kooperation zwischen Liberec und Görlitz/Zittau aktiv mitwirken zu dürfen.

Das Programm der heutigen Konferenz „Demokratie als Wert und Problem“ ist hochinteressant. Ein besonderer Wert ist, daß ich erfreulicherweise kein Konferenz-Englisch radebrechen muß, sondern Sie sich für eine Konsekutiv-Übersetzung von meiner Muttersprache in Ihre Muttersprache entschieden haben. Das aber birgt das Problem, daß Sie nur 15 Minuten Zeit für mich haben. Lassen Sie mich daher gleich *medias in res* gehen und mit einer Anekdote beginnen.

Zwei Männer unterhalten sich am Stammtisch, wer in ihren Familien der Bestimmer ist. Sagt der eine: das ist bei uns ganz einfach. Meine Frau entscheidet die kleinen Dinge und ich die großen Dinge. Fragt der andere: Und was ist klein und was ist groß? Klein, sagt der erste, ist zum Beispiel, in welche Schule die Kinder gehen, wohin wir in Urlaub fahren, welches Auto wir kaufen, ob wir ein Haus bauen. Hm, sagt der andere, und was ist groß? Groß, antwortet der erste, das ist, wer Staatspräsident werden soll, wie hoch die Steuern sein sollen und ob wir eine Mondrakete bauen werden.

Liebe Kollegen, lassen Sie mich die Partei des ersten Mannes ergreifen. Als „klein“ bezeichnet er die Dinge, die anfaßbar sind, die aus unserer Handlungswelt stammen und die wir selber entscheiden können. All das steht in der Anekdote im Indikativ oder, wie Robert Musil gesagt hätte, in der Wirklichkeitsform. Als „groß“ bezeichnet er Dinge außerhalb unserer privaten Entscheidungswelt, an denen wir allenfalls mit-entscheiden können, ob sie aus dem Konjunktiv der politischen Diskussion, der Möglichkeitsform, in die Wirklichkeitsform gelangen können. Und ist dies nicht das Wesen der Demokratie, daß wir uns für Dinge und Probleme außerhalb unserer vier Wände interessieren? Daß wir deren Komplexität zu begreifen versuchen? Daß wir das Gespräch hierüber nicht den Technikern der Macht alleine überlassen wollen? Daß wir uns einmischen auch auf das Risiko hin, als einzelner nicht alle Probleme auf dem Schreibtisch von Herrn Klaus oder Frau Merkel begreifen zu können, aber im sicheren Bewußtsein dessen, daß die kollektive Intelligenz der Bürger das ergibt, was die Naturwissenschaftler derzeit „Schwarmintelligenz“ nennen. Und hat nicht der Vergleich von wikipedia mit der Brockhaus-Enzyklopädie gezeigt, daß der Schwarm der tausend freien Autoren auch nicht mehr Fehler macht als die professionellen Autoren? Im Faust heißt es: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, / der täglich sie erobern muß“ (II, 5). Auch wenn dies die Sterbeszene des Protagonisten ist (was wir unseren Demokratien heute bestimmt nicht wünschen wollen), könnte man für die Demokratie formulieren: Nur der verdient sie, der täglich sich für die Dinge außerhalb seines Entscheidungsspielraums interessiert. Ob er sich hierfür auch engagiert, ist dann eine ganz andere Frage.

Lassen Sie uns kurz ein paar Beispiele aus der Welt der Demokratien gemeinsam vor Augen führen. Am kommenden Montag fahre ich nach Georgien. Dort kann Staatspräsident Saakaschwili nur noch bis 2013 im Amt bleiben. Georgiens Rosenrevolution, die ihn 2003 an die Macht brachte, war sicher Ausdruck georgischer Bürger, aber sie verfügte auch über mindestens logistische Hilfe von außen. Der Schritt von der Souzeranität anderer zur eigenen Souveränität ist schwierig. Jetzt aber ist das junge Parteiensystem der Republik nach Auffassung von Beobachtern hinreichend ausdifferenziert und stabil, um - im starken Kontrast zu anderen post-sowjetischen Pseudorepubliken - den Schritt zum

echten Parlamentarismus wagen zu können. Letzte Woche hat das georgische Parlament eine neue Verfassung verabschiedet, die das System von einem präsidentiellen in ein parlamentarisches umwandelt. Künftig wird die Mehrheitspartei im Parlament den Ministerpräsidenten vorschlagen, und diesem obliegt die Regierungsbildung, einschließlich der Schlüsselministerien für Inneres und Äußeres. Ein Schelm, wer sich an Putins Karriere erinnert.

Ob dies künftig heißen wird, irgendwann einmal mehr Geld für Bildung als für das Militär auszugeben, wie in Tschechien oder Deutschland, ist allerdings vorerst nur eine demokratietheoretische Hoffnung. Ich habe meine Zweifel.

Ein paar tausend Kilometer weiter hat diese Woche hinter verschlossenen Türen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas den voraussichtlichen Nachfolger von Hu Jintao als Parteichef (Ende 2011) und als Staatschef (Frühling 2012) und vor allem als Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission der KPCh bestimmt: Xi Jinping (57, Dokortitel im Fach marxistische Theorie). Auch wenn die Volksrepublik formal über einen nationalen Volkskongreß mit parlamentsähnlichen Aufgaben verfügt, eine Regierung mit Ministerien und einen Staatschef, so führen diese Organe zumeist nur aus, was Gremien der KPCh zuvor beschlossen haben. Zum Beispiel die Niederschlagung der Revolte auf dem Tiananmen-Platz am 4. Juni 1989, die etwa 3.000 Menschen das Leben kostete.

Ein Jahr später unterrichtete ich drei Monate am Konservatorium in Shanghai. Und dort lernte ich begreifen, daß die Mehrzahl der Informationen über Tianmen, die mich das Jahr über erreicht hatten, aus einer zutiefst westlichen Sichtweise kam. Die Korrespondenten hatten die Verhältnisse im demokratischen Westen ohne langes Nachdenken auf China übertragen: Was ich jedoch auf vielen Reisen quer durch das Reich der Mitte an kleiner oder auch größerer Grausamkeit des Menschen gegen den Menschen beobachtet habe, machte mir die Entfernung von unserem Prinzip „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ deutlich – tausende von Jahren eines etatistisch-bürokratischen Systems haben deutliche Spuren hinterlassen. Ein protestantischer Wohlfahrtsstaat, in dem der Staat nur Ergänzung altruistischen Wirkens seiner Bürger ist, ließe sich nicht so einfach errichten. Rousseau differenziert zwischen einer auf das Gemeinwohl orientierten *volonté générale* und einer auf den Eigennutz zielenden *volonté de tous*. Letztere hat Deng Xiaopeng 1976ff. aufgegriffen, um Platz für eine sozialistische Marktwirtschaft zu schaffen. Demokratie aber beruht auf Voraussetzungen, die sie nicht selber schaffen kann, heißt es im berühmtesten Diktum der bundesrepublikanischen Demokratietheorie (Ernst-Wolfgang Böckenförde). Was mich und viele andere in und an China empört, kann nicht durch Export eines Menschenbildes verändert werden.

An der Südgrenze Chinas liegt ein kleines Land mit gerade 700.000 Einwohnern, das in geradezu genialer Weise eine Schaukelpolitik zwischen China und seinem großen Rivalen meistert: Bhutan. Es ist vielleicht das demokratietheoretische interessante Land der Welt. Sein König ist vor zwei Jahren einfach so von der Macht zurückgetreten und hat seinen Bürgern befohlen, ein Parlament zu errichten und zu wählen. Der neue Ministerpräsident Jigme Thinley ist diese Woche gerade auf Europabesuch.

Staatsziel Bhutans ist das „Bruttonationalglück“. Die Strategie beruht auf vier Säulen: Sozial ausgeglichene Wirtschaft; Bewahrung der Umwelt; Pflege der Kultur; gute Statsführung. Sie wird in 9 Bereichen konkretisiert und in 77 Indikatoren gemessen. Das National Happiness Product war im Ursprung, so weit ich recherchieren konnte, eine launige Bemerkung des Königs in einem britischen Interview, die dann aber um die Welt ging und bei den Ökonomen Furore machte.

Bhutan verkauft Wasserkraft-Energie ans Ausland und finanziert damit u. a. ein kostenloses Krankenhaus- und Bildungssystem. Um nepalesische Verhältnisse zu vermeiden, müssen ausländische Touristen eine Tagespauschale von 200 – 240 US\$ bezahlen. Für die TU Liberec interessant könnten aktuelle Überlegungen sein, in Kooperation mit auswärtigen Universitäten eine internationale Universität zu schaffen.

Wie zum Beispiel auch in Jordanien, ist in Bhutan die regierende Elite Vertreterin einer vergleichsweise kleinen Ethnie innerhalb des Landes. Das war in Zeiten der königlichen Wohlfahrt weiter kein Problem, auch wenn von massiven Minderheitsproblemen die Rede ist. Eine Demokratie jedoch benötigt ein hinsichtlich seiner Wertvorstellungen homogenes Staatsvolk, um funktionieren zu

können.

Werfen wir zum Schluß einen Blick auf die älteste Demokratie Europas: die Civitas Helvetica, die gemeinsam mit den Niederlanden 1648 aus dem Verband des Deutschen Reiches ausgeschieden ist. Sie kennt die Gemeindeverwaltung nicht als vom Staat gnädig gewährtes Recht, sondern als Grundlage der verfaßten Gesellschaft. Hier in der Gemeinde werden die Steuern erhoben. Wenn der Kanton etwas abhaben will, muß er dies begründen. Und wenn dann auch noch der Bund von den Kantonen etwas abhaben will, muß er dies noch sorgfältiger begründen. Stellen Sie sich vor, Ihr Rektor wäre nicht jede Woche zum Betteln in Prag beim Ministerium, sondern die Region Nordostböhmen wäre steuertechnisch autonom und die Technische Universität Liberec wäre ihr größter Stolz! Der Preis dafür in der Schweiz ist die direkte Demokratie. In der von plebiszitären Elementen geprägten Schweiz gibt es alle paar Sonntage eine direkte Volksentscheidung in den drei Formen Volksinitiative, Referendum und Petition und darüber hinaus das selten gewürdigte Instrument der „Vernehmlassung“, eine öffentliche Auslage der relevanten Fachinformationen zu einem Gesetzes- oder ähnlichem Vorhaben mit Einladung aller relevanten Gruppen, aber auch der freien Öffentlichkeit. Die Beteiligung liegt je nach Thema bei 35 – 75%. Demgegenüber ist das, was wir in Deutschland oder Tschechien Demokratie nennen, ja nur ein Stimmzettel für die Wahl eines Stellvertreters, der anschließend für vier oder fünf lange Jahre im Parlament sitzt und dort vergleichsweise unabhängig von seinen allgemeinen Wahlversprechen über konkrete Probleme abstimmt. Aber auch die Schweiz hat ihre Defizite. Angesichts der Diskussion dieser Woche um die Rede von Bundespräsident Wulff in Ankara sollte erwähnt werden, daß der Kanton Appenzell Innerrhoden erst 1990 den Frauen das Stimmrecht gewährte, die Türkei unter Atatürk aber 1934.

In Sachsen, also jenem Land, das sich die bürgerliche Partizipation erst vor zwanzig Jahren in einem Akt der Revolte gegen Partei und Staat erkämpft hatte, betrug die Beteiligung an den Landtagswahlen 2009 gerade einmal 52,2% der Wahlberechtigten. Da die Rechtsextremen besonders diszipliniert zur Wahl gingen, nämlich zu fast 100%, schnitten sie, mathematisch sehr simpel, fast doppelt so gut ab wie es ihrem Verhältnis zur Bevölkerung entspricht. Die vielleicht kurioseste Übertragung von Wahlentscheidungen auf die Nichtwählerschaft ist die italienische Kultursteuer, das sogenannte Otto Per Mille (0,8%), deren Empfänger der Bürger bei der Steuerklärung selber bestimmen kann. Da die katholische Kirche ihre Gläubigen besonders intensiv für ein Kreuz unter „Für die Kirche“ mobilisieren kann, die Laien jedoch sehr wenig und kurioserweise die Waldenser die Gunst der italienischen Intellektuellen genießen, werden die Steuern jener Bürger, die kein Kreuz gemacht haben, im Verhältnis der Ankreuzenden verteilt, wovon die Kirche am meisten profitiert. Sie sehen, ich kehre zum Anfang zurück – Demokratie lebt vom aktiven Interesse seiner Bürger: es ist eine „große Sache“ im Sinne unserer Anekdote, ob man ein Kreuz macht und was passiert, wenn man dies unterläßt.

Ich komme zum Schluß. Daß wir in Tschechien und Sachsen eine demokratische Verfassung haben, ist keine historische Notwendigkeit, sondern eine geschichtliche Entwicklung. Die Bundesrepublik beispielsweise verfügt über gar keine Verfassung im strengen Sinne – Bayern hat bis heute nicht zugestimmt, die im alten Grundgesetz (Art. 146 GG a.F.) vorgesehene Volksabstimmung fand bis heute nicht statt. Aber auch mit einem solchen Provisorium lebt es sich gut; man sollte sich nur hüten, als Deutscher andere Länder wie Georgien oder Bhutan vorschnell zu beurteilen. Dort gibt es Verfassungen im Wortsinn.

Vieles an unseren heutigen Demokratien mag uns mehr als Problem denn als Wert erscheinen. Unsere heutige Veranstaltung mit ihren hochinteressanten Themenstellungen wird uns dies wieder vor Augen führen. Nicht die Theorie der Demokratie ist entscheidend, sondern die Kraft, mit der sie von den Bürgern gelebt wird. Es ist wie mit Sparta Prag: manchmal auf Platz 2 der Weltrangliste (2006) und heute auf Platz 37. Jede Woche ist Termin.

Politik läßt sich definieren als Spiel mit Ängsten, wie wir derzeit bei Stuttgart 21 beobachten können. Gelenkt wird hinter den Kulissen und durch stets auszugsweise Information. Ein bis heute ungelöstes Problem der Demokratie ist die Nicht-Nachhaltigkeit der Kalkulation in Wahlperioden. Demgegenüber war ein gewisser Vorteil der Monarchien, daß die Fürsten ihrem Sohn und Nachfolger

ein intaktes Reich mit intakten Finanzen und intakten Grenzen und intakten Nachbarschaftsverhältnissen zu hinterlassen bestrebt waren. Regenten ohne Nachkommen riskierten dagegen gerne Schlachten im Va banque-System, siehe Friedrich II. von Preußen, den Leuteschinder. Manchmal hilft dagegen ein Aufstand der Bürger, wie letzte Woche in Prag bei den Bürgermeisterwahlen; lassen Sie uns für eine der früher schönsten Städte Europas auf eine neue und diesmal nicht oligarchisch-ochlokratische Stadtpolitik hoffen. Ist nicht ein weiteres Problem unserer Demokratie, daß die Art und Weise, wie Gemeinden verwaltet werden, als parastaatliche Struktur von oben statt als Miteinander aufgefaßt wird? Ich darf hier an die Tradition der böhmischen Brüder erinnern, die die Selbstverwaltung hervorragend zu leben wußten und dann in Zittau, Herrnhut oder Berlin Aufnahme fanden. Der Erfolg der Demokratie in Sachsen hängt wesentlich mit den Protestanten zusammen, die schon vor 1989 wußten, wie man mit Tagesordnungen und Satzung zum gewünschten Beschluß kommt.

Ich selber halte es mit Christian Meier, der die Einführung der Demokratie im attischen Athen auf die Notwendigkeit zurückführt, daß man nur im Rahmen einer Demokratie über die beste Staatsform offen diskutieren kann. So verstanden ist Demokratie eigentlich eine Metaebene der Politik und kann diese selbst nicht ersetzen.

Warum aber ist der Begriff Demokratie seit der Antike immer wieder so negativ konnotiert? Auch heute unken manche, die Demokratie sei an das Ende des Möglichen gekommen und sei durch autoritärere Formen zu ersetzen, vielleicht sogar à la China. Aristoteles nennt „Politie“ die „gute“ Ausprägung einer Staatsform, in der das Volk herrscht, und Demokratie die „schlechte“ (Nikomachische Ethik, 1160a). Polybios fand etwas später dafür das Wort Ochlokratie (Herrschaft des Pöbels). Die Furcht vor der Menge kennzeichnet insbesondere Platon. Ihm antwortete salomonisch Winston Churchill: „Democracy is the worst form of government, except for all those other forms that have been tried. / Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, ausgenommen alle anderen bislang ausprobierten Staatsformen.“).

Der Grund für das Unbehagen liegt im Begriff Demos. Er bezeichnet ursprünglich einen Landbezirk, einen Gau, später auch seine Bevölkerung. Der Gegenbegriff ist die Polis mit ihrer Stadtbevölkerung. Jetzt erst versteht man das Unbehagen der attischen Stadtintellektuellen Platon und Co.: Würden Sie, liebe Kollegen, sich wünschen, daß Ihr schönes Athen von Landmäusen regiert wird, um mit Aesop zu sprechen, und Sie, die Stadtmäuse, das Nachsehen haben? Aber die ewige Angst der Hauptstädter vor der Mehrheit der Provinzler ist wieder ein anderes Thema; vielleicht unserer nächsten Konferenz?

Kontaktní údaje

Prof. Dr. phil. Dr. habil. Matthias Theodor Vogt
Hochschule Zittau/Görlitz und Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen
Görlitz, Nemecko